

## Vorwort zur 2. Auflage

Die Globalisierung der Geschäftsbeziehungen und Unternehmensverflechtungen ist aus vielfältigen Gründen im Fortschreiten begriffen. Die Bearbeitung grenzüberschreitender Sachverhalte gehört mittlerweile zum alltäglichen Aufgabengebiet der meisten steuerlichen Berater. Die Konzeption, dem „Internationalen Steuerrecht“ im Rahmen der „Grünen Reihe“ einen eigenständigen Band zu widmen, hat sich aufgrund des positiven Zuspruchs zur Erstauflage durch zahlreiche Rechtsanwender bewährt. Diverse Änderungen der Steuergesetze sowie neue Gerichtsurteile und Verwaltungserlasse haben eine Neuauflage des Werkes dringend erforderlich gemacht. Die Grundgliederung der Erstauflage wurde dabei jedoch beibehalten.

Das vorliegende Buch gliedert sich in vier Hauptteile:

Teil I befasst sich mit dem (allgemeinen) Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland, d. h. mit den Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen (EStG, KStG, ErbStG, GrEStG), die bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von besonderer Bedeutung sind. Dabei sind sowohl die Auslandsbeziehungen von Steuerinländern als auch die Inlandsbeziehungen von Steuerausländern angesprochen.

Teil II setzt sich mit dem Außensteuergesetz (AStG) auseinander, das als spezielles Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden kann. Im Einzelnen werden die Einkünftekorrektur bei Leistungsbeziehungen zwischen international verbundenen Unternehmen, der Wohnsitzwechsel einer natürlichen Person in einen niedrig besteuerten ausländischen Staat und die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an einer ausländischen Zwischengesellschaft in einem Niedrigsteuerland behandelt. Auch wenn das durch die Anwendung des Außensteuergesetzes erzielte Steuermehraufkommen als nicht sehr hoch zu bezeichnen ist, spielt die Beachtung der Regelungen des Außensteuergesetzes in der steuerlichen Gestaltungsberatung eine wichtige Rolle, da andernfalls internationale Doppelbesteuerungen drohen.

Teil III befasst sich mit dem Recht der Doppelbesteuerungsabkommen. Die Regelungsmasse der Doppelbesteuerungsabkommen macht heute fast 50 v. H. der deutschen steuergesetzlichen Normen aus. Die Abkommen folgen mit gewissen Abweichungen weitgehend dem OECD-Musterabkommen, sodass sich die Erläuterung des Abkommensrechts an diesem Grundmuster orientiert, wobei auf erwähnenswerte Abweichungen in der deutschen Abkommenspraxis hingewiesen wird.

Teil IV trägt der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für das internationale Steuerrecht Rechnung. Der Einfluss durch Richtlinien, durch Verordnungen oder aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes beschränkt sich hierbei nicht nur auf das materielle Ertrag- und Umsatzsteuerrecht, sondern auch auf verfahrensrechtliche Vorschriften der Deklaration, Mitwirkung und Steuerzahlung.

Es ist zu erwarten, dass dieser Teil in Folgeauflagen entsprechend der geänderten Bedeutung des Europarechts für die internationale Steuerpraxis ebenfalls ausgeweitet wird und zukünftig gleichberechtigt neben den anderen Teilbereichen stehen wird.

Das vorliegende Werk wendet sich an alle Personen, die sich in das Gebiet des Internationalen Steuerrechts einarbeiten wollen. Gedacht ist in erster Linie an diejenigen, die sich auf die Steuerberaterprüfung oder auf die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes der Finanzverwaltung (Dipl.-Finanzwirt) vorbereiten. Darüber hinaus richtet sich das Buch an die Studierenden der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, die steuerliche Fächer gewählt haben. Schließlich soll auch dem praktisch tätigen Rechtsanwender durch Verweis auf die entsprechenden Entscheidungen der Finanzgerichte und Verwaltungsanweisungen ein Kurzkomentar zum Internationalen Steuerrecht an die Hand gegeben werden.

Die Ausführungen des vorliegenden Buches berücksichtigen den Stand der Steuergesetze, Gerichtsurteile und Verwaltungserlasse bis zum 31. 12. 2002.

Für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Hamburg im Januar 2003

# Inhaltsübersicht

## Teil I: Nationales Außensteuerrecht

### A Verhältnis des nationalen Außensteuerrechts zum Internationalen Steuerrecht

### B Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen mit grenzüberschreitendem Bezug

1	Einkommensteuergesetz.....	27
1.1	Fallgruppen zur unbeschränkten Steuerpflicht .....	27
1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht aufgrund eines Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland (§ 1 Abs. 1 EStG) .....	27
1.1.1.1	Wohnsitz (§ 8 AO) .....	28
1.1.1.2	Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO) .....	30
1.1.2	Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für deutsche Staats- angehörige in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bei Auslandsentsendung (§ 1 Abs. 2 EStG) .....	32
1.1.3	Antragsabhängige unbeschränkte Steuerpflicht bei ausschließ- lichem oder fast ausschließlichem Bezug von inländischen Einkünften (§ 1 Abs. 3 EStG) .....	32
1.1.4	Berücksichtigung von personen- und familienbezogenen Entlastungen bei fiktiv unbeschränkt steuerpflichtigen EU-/EWR-Familienangehörigen (§ 1 a EStG).....	35
1.1.5	Zusammenfassender Überblick über die Fallgruppen der unbeschränkten und beschränkten Steuerpflicht .....	37
1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht .....	39
1.2.1	Welteinkommensprinzip .....	39
1.2.2	Ausnahmen vom Welteinkommensprinzip .....	39
1.2.2.1	Verrechnungsverbot für bestimmte negative ausländische Einkünfte mit inländischen Einkünften (§ 2 a Abs. 1 u. 2 EStG) .	39
1.2.2.1.1	Inhalt der Regelung .....	39
1.2.2.1.2	Verhältnis zu anderen Vorschriften.....	46
1.2.2.2	Verrechnungsverbot für Verluste aus der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft bei beschränkter Haftung nach § 15 a EStG .....	46
1.2.2.3	Einkünfte aus einem ausländischen Staat, mit dem die Bundes- republik Deutschland ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat .....	48
1.2.2.3.1	Zuordnung von Besteuerungsrechten und Steuerfreistellung .....	48
1.2.2.3.2	Auswirkungen DBA-steuerbefreiter Auslandseinkünfte auf die Ermittlung des anzuwendenden Einkommensteuersatzes (positiver und negativer Progressionsvorbehalt gemäß § 32 b EStG) .....	49

1.2.2.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung gem. § 2 a Abs. 3 u. 4 EStG a. F. bei vormals abgezogenen DBA-Betriebsstättenverlusten bis zum VZ 2008 (§ 52 Abs. 3 Satz 3 und Satz 5 EStG) .....	56
1.2.2.3.3.1	Abschaffung der Verrechenbarkeit von DBA-Betriebsstättenverlusten durch das StEntG 1999/2000/2002 .....	56
1.2.2.3.3.2	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung bei späteren Gewinnen bis zum VZ 2008 .....	57
1.2.2.3.3.3	Beispiel zur Hinzurechnung vormals abzogener Verlustbeträge .....	60
1.2.2.3.4	Abzugsbeschränkungen für Ausgaben im Zusammenhang mit ausländischen Einkünften .....	60
1.2.2.3.4.1	Eingeschränktes Abzugsverbot für Ausgaben in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (§ 3 c Abs. 1 EStG) .....	60
1.2.2.3.4.2	Hälftiges Abzugsverbot für Einkommensminderungen, die mit den nach § 3 Nr. 40 EStG zur Hälfte steuerfreien Einkommensmehrungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen (§ 3 c Abs. 2 EStG) .....	62
1.2.2.3.4.3	Typisiertes Ausgabenabzugsverbot bei einem Bezug von bestimmten ausländischen Kapitalerträgen durch ein inländisches Körperschaftsteuersubjekt (§ 8 b Abs. 5 KStG) .....	62
1.2.2.4	Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen bei Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG).	64
1.2.3	Veräußerung von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften aus dem Privatvermögen (§§ 17 u. 23 EStG) .....	67
1.2.4	Besonderheiten bei der steuerlichen Berücksichtigung ausländischer Einkünfte .....	70
1.2.4.1	Begriff der ausländischen Einkünfte .....	70
1.2.4.2	Abgrenzung der ausländischen Einkünfte von den inländischen Einkünften .....	74
1.2.4.3	Einkommensermittlungsgrundsätze für ausländische Einkünfte ..	76
1.2.4.4	Währungsumrechnungsmodalitäten für ausländische Einkünfte ..	79
1.2.5	Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften gem. § 34 c EStG) .....	81
1.2.5.1	Anrechnung ausländischer Steuern .....	81
1.2.5.1.1	Anrechnungsvoraussetzungen .....	81
1.2.5.1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht und Steuersubjektidentität .....	81
1.2.5.1.1.2	Anrechenbare ausländische Steuern .....	82
1.2.5.1.1.3	Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern ohne einen weiteren Ermäßigungsanspruch .....	83
1.2.5.1.2	Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags .....	84
1.2.5.1.2.1	Ermittlungsgrundsatz für den Anrechnungshöchstbetrag .....	84
1.2.5.1.2.2	Länderweise Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags (§ 68 a EStDV) .....	87

1.2.5.1.2.3	Zeitliche Zuordnung von Steueranrechnungsbeträgen .....	88
1.2.5.1.2.4	Negative ausländische Einkünfte.....	88
1.2.5.2	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte auf Antrag (§ 34 c Abs. 2 EStG) .....	90
1.2.5.3	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte von Amts wegen (§ 34 c Abs. 3 EStG).....	92
1.2.5.4	Erlass oder Pauschalierung der Steuern auf ausländische Einkünfte (§ 34 c Abs. 5 EStG) .....	94
1.2.5.4.1	Auslandstätigkeitserlass .....	94
1.2.5.4.2	Pauschalierungserlass.....	95
1.2.5.5	Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu den Regelungen der Doppelbesteuerungsabkommen.....	97
1.2.5.6	Anrechnung fiktiver Quellensteuern gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen .....	98
1.3	Beschränkte Steuerpflicht .....	100
1.3.1	Das Vorliegen inländischer Einkünfte als Anknüpfungskriterium für die beschränkte Steuerpflicht.....	100
1.3.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht .....	103
1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft .....	103
1.3.2.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb.....	104
1.3.2.2.1	Unterhalten einer inländischen Betriebsstätte oder Bestellung eines ständigen Vertreters im Inland.....	104
1.3.2.2.1.1	Betriebsstätte.....	105
1.3.2.2.1.2	Ständiger Vertreter .....	108
1.3.2.2.2	Einkünfte durch die Erbringung bestimmter Beförderungsleistungen.....	109
1.3.2.2.3	Einkünfte aus im Inland ausgeübten oder verwerteten künstlerischen, sportlichen, artistischen oder ähnlichen Darbietungen.....	110
1.3.2.2.4	Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen Kapitalgesellschaft .....	111
1.3.2.2.5	Einkünfte aus der Veräußerung von inländischem Grundbesitz, inländischen Sachbegriffen und Rechten .....	113
1.3.2.3	Einkünfte aus selbständiger Arbeit .....	114
1.3.2.4	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit .....	115
1.3.2.5	Einkünfte aus Kapitalvermögen .....	117
1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.....	120
1.3.2.7	Sonstige Einkünfte .....	121
1.3.2.7.1	Sonstige Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen.....	121
1.3.2.7.2	Sonstige Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften i. S. des § 23 EStG .....	121
1.3.2.7.3	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 4 EStG.....	122
1.3.2.7.4	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 3 EStG.....	122
1.3.2.8	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG).....	123

1.3.2.9	Besonderheiten bei der beschränkten Steuerpflicht.....	124
1.3.2.9.1	Veranlagung und Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen ..	124
1.3.2.9.1.1	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei der Veranlagung von beschränkt Steuerpflichtigen .....	125
1.3.2.9.1.2	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen.....	127
1.3.2.9.2	Begrenzte Anwendbarkeit des Halbeinkünfteverfahrens auf beschränkt einkommensteuerpflichtige Anteilseigner.....	130
1.3.2.9.3	Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen ausländischer Unternehmer (§§ 48 – 48 d EStG) ..	131
1.3.2.9.4	Besonderheiten beim Vorliegen von Doppelbesteuerungsabkommen.....	133
1.3.2.9.5	Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern .....	138
2	Körperschaftsteuergesetz.....	139
2.1	Unbeschränkte Steuerpflicht.....	139
2.1.1	Anknüpfungskriterien.....	139
2.1.1.1	Körperschaftsteuersubjektqualifikation ausländischer Rechtsgenossen .....	139
2.1.1.2	Geschäftsleitung (§ 10 AO).....	142
2.1.1.3	Sitz (§ 11 AO) .....	144
2.1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht .....	145
2.1.3	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes.....	145
2.1.4	Besondere Einkommensermittlungsvorschriften für Körperschaftsteuersubjekte mit Auslandsbeziehungen .....	146
2.1.4.1	Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs für Vergütungen bei unangemessener Gesellschafter-Fremdfinanzierung durch nichtveranlagte Anteilseigner (§ 8 a KStG) .....	146
2.1.4.1.1	Zweck und Inhalt der Regelung .....	146
2.1.4.1.2	Voraussetzungen einer Umqualifizierung der Vergütungen für die Gesellschafter-Fremdfinanzierung in verdeckte Gewinnausschüttungen.....	149
2.1.4.1.3	Besteuerungsfolgen bei der Anwendung des § 8 a KStG .....	153
2.1.4.1.4	Sonderregelungen für inländische Holdinggesellschaften .....	156
2.1.4.1.4.1	Überblick .....	156
2.1.4.1.4.2	Voraussetzungen für die Anwendung der Holdingregelung.....	157
2.1.4.1.4.3	Besteuerungsfolgen bei Anwendung der Holdingregelung .....	158
2.1.4.1.4.4	Fallbeispiel zur Anwendung der Holdingregelung .....	159
2.1.4.1.5	Sonderregelungen für beteiligungshaltende Kapitalgesellschaften, die die Holdingeigenschaft nicht erfüllen .....	163
2.1.4.1.5.1	Anwendungsvoraussetzungen und Besteuerungsfolgen der Beteiligungsbuchwertkürzung .....	163
2.1.4.1.5.2	Fallbeispiel zur Anwendung der Beteiligungsbuchwertkürzung..	164
2.1.4.1.6	Verhinderung von Umgehungsmöglichkeiten bei Zwischenschaltung einer inländischen Betriebsstätte oder Personengesellschaft (§ 8 a Abs. 5 KStG) .....	168

2.1.4.2	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung bei ausländischen Einkünften aus Beteiligungen (§ 8 b KStG).....	170
2.1.4.2.1	Beteiligungsertragsbefreiung für ausländische Dividenden bei inländischen Körperschaftsteuersubjekten (§ 8 b Abs. 1 KStG) ..	170
2.1.4.2.1.1	Überblick über die Freistellungsvoraussetzungen .....	170
2.1.4.2.1.2	Unabhängigkeit der Beteiligungsbefreiung von einer bestimmten Mindestbeteiligungsquote .....	171
2.1.4.2.1.3	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbesitzzeit .....	172
2.1.4.2.1.4	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer aktiven Tätigkeit der ausländischen Körperschaft .....	173
2.1.4.2.1.5	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von der Unmittelbarkeit des Anteilsverhältnisses .....	174
2.1.4.2.1.6	Gewährung der Beteiligungsertragsbefreiung bei unbeschränkter und beschränkter Körperschaftsteuerpflicht .....	175
2.1.4.2.1.7	Anwendung des Halbeinkünfteverfahrens bei Weiterausschüttung der steuerfreien ausländischen Dividenden an einen unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Anteilseigner.....	175
2.1.4.2.1.8	Kapitalertragsteuerabzug und -ermäßigung bei Weiterausschüttung der steuerfreien Beteiligungserträge an die Anteilseigner .....	176
2.1.4.2.2	Veräußerungsgewinnbefreiung für realisierte Wertzuwächse bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 2 KStG) .....	177
2.1.4.2.3	Abzugsverbot für Wertminderungen (Veräußerungsverluste, Teilwertabschreibungen) bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 3 KStG).....	181
2.1.4.3	Besonderheiten der körperschaftsteuerlichen Organschaft bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen .....	182
2.1.4.3.1	Erfordernis der Geschäftsleitung im Inland beim Organträger....	182
2.1.4.3.2	Steuerneutrale Weiterleitung von steuerfreien ausländischen Einkünften im Organkreis.....	183
2.1.4.3.3	Ausschließliche Anwendung des § 8 b Abs. 1 bis 6 KStG und des § 3 Nr. 40 EStG bei der Einkommensermittlung des Organträgers (§ 15 Nr. 2 KStG) .....	183
2.1.4.3.4	Die Anwendbarkeit von Steuerermäßigungen und Tarifvorschriften im Rahmen eines Organschaftsverhältnisses bei Auslandsbeziehungen.....	184
2.1.4.3.5	Die Berücksichtigung negativer ausländischer Einkünfte gem. § 2 a Abs. 1 EStG in Organschaftsfällen .....	186
2.1.5	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei ausländischen Einkunftsteilen (§ 26 KStG) .....	186
2.1.5.1	Anrechnung einer ausländischen Steuer bei der Körperschaftsteuer (§ 26 Abs. 1 KStG).....	187
2.1.5.1.1	Voraussetzungen .....	187
2.1.5.1.2	Verfahren .....	188

## Inhaltsübersicht

---

2.1.5.2	Abzug ausländischer Steuern bei Ermittlung der Einkünfte auf Antrag oder von Amts wegen.....	189
2.1.5.3	Pauschalierung oder Erlass der ausländischen Steuer bei Körperschaftsteuersubjekten.....	190
2.2	Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Nr. 1 KStG).....	191
2.2.1	Subjektive Steuerpflicht ausländischer Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen.....	191
2.2.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht.....	191
2.2.3	Beachtung der Vorschriften gem. § 8 b KStG bei der Einkommensermittlung einer inländischen Betriebsstätte der beschränkt steuerpflichtigen Körperschaft.....	193
2.2.4	Inländische Zweigniederlassung eines ausländischen gewerblichen Unternehmens als Organträger.....	194
2.2.5	Kein besonderer Körperschaftsteuersatz bei beschränkter Steuerpflicht.....	195
2.2.6	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG).....	195
2.2.7	Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung bei beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen.....	196
3	Gewerbsteuergesetz.....	197
3.1	Das Territorialitätsprinzip bei der Gewerbesteuer.....	197
3.2	Gewerbsteuerliche Modifikation bei ausländischen Einkünften durch Fehlen eigenständiger Ermittlungsvorschriften im Gewerbsteuergesetz.....	198
3.2.1	Kürzungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer.....	198
3.2.1.1	Gewinnanteil einer ausländischen Personengesellschaft (§ 9 Nr. 2 GewStG).....	198
3.2.1.2	Ausländische Betriebsstätteneinkünfte (§ 9 Nr. 3 GewStG).....	200
3.2.1.3	Gewinnanteile einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 9 Nr. 7 GewStG).....	201
3.2.1.4	Unilaterale Senkung der Mindestbeteiligungsquote beim sog. internationalen gewerbsteuerlichen Schachtelprivileg gem. DBA (§ 9 Nr. 8 GewStG).....	205
3.2.2	Hinzurechnungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer.....	206
3.2.2.1	Streubesitzdividenden von ausländischen Körperschaften, die nach dem Halbeinkünfteverfahren oder nach der Beteiligungsertragsbefreiung außer Ansatz bleiben (§ 8 Nr. 5 GewStG).....	206
3.2.2.2	Anteile am Verlust einer ausländischen Personengesellschaft (§ 8 Nr. 8 GewStG).....	207
3.2.2.3	Hinzurechnung der Gewinnminderungen durch ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften (§ 8 Nr. 10 GewStG).....	207



3.2.2.4	Bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogene ausländische Steuern gemäß § 34 c EStG (§ 8 Nr. 12 GewStG) .....	208
4	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz.....	210
4.1	Allgemeines zur Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen .....	210
4.2	Unbeschränkte Steuerpflicht.....	211
4.2.1	Persönliche Steuerpflicht.....	211
4.2.1.1	Inländer.....	211
4.2.1.2	Erweiterung des Inländerbegriffs (sog. erweiterte unbeschränkte Erbschaftsteuerpflicht).....	213
4.2.1.2.1	Abwanderer .....	213
4.2.1.2.2	Auslandsbedienstete .....	214
4.2.2	Sachliche Steuerpflicht .....	215
4.2.3	Wertermittlung des Auslandsvermögens.....	216
4.3	Beschränkte Steuerpflicht .....	217
4.3.1	Persönliche Steuerpflicht.....	217
4.3.2	Sachliche Steuerpflicht .....	217
4.4	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei internationalen Erbschaften und Schenkungen.....	221
4.4.1	Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer gem. § 21 ErbStG ...	221
4.4.1.1	Allgemeine Voraussetzungen.....	221
4.4.1.2	Auslandsvermögen.....	223
4.4.1.3	Ermittlung der anrechenbaren Steuer.....	224
4.4.1.3.1	Ausschließlich Auslandsvermögen .....	224
4.4.1.3.2	Teilweise Auslandsvermögen .....	226
4.4.1.3.3	Auslandsvermögen in verschiedenen ausländischen Staaten (Pro-Staat-Begrenzung) .....	227
4.4.2	Doppelbesteuerungsabkommen .....	228
4.4.2.1	Grundzüge des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern .....	228
4.4.2.2	ErbSt-DBA-Griechenland.....	230
4.4.2.3	ErbSt-DBA-Österreich .....	231
4.4.2.4	Steuerabkommen mit Schweden und Dänemark.....	232
4.4.2.5	ErbSt-DBA-Schweiz.....	233
4.4.2.6	ErbSt-DBA-USA .....	234
4.4.3	Progressionsvorbehalt (§ 19 Abs. 2 ErbStG) .....	235
5	Grunderwerbsteuergesetz .....	237
5.1	Die Grunderwerbsteuerliche Relevanz von Anteilsübertragungen bei grenzüberschreitenden Umstrukturierungsmaßnahmen.....	237
5.2	Unmittelbare oder Mittelbare Vereinigung von mindestens 95 v. H. der Anteile einer grundbesitzenden Gesellschaft in der Hand eines Gesellschafters.....	238

## Inhaltsübersicht

---

5.3	Unmittelbare oder Mittelbare Übertragung von mindestens 95 v. H. der Anteile an einer grundbesitzenden Gesellschaft .....	239
5.4	Vereinigung nahezu aller Anteile einer grundbesitzenden Gesellschaft in der Hand eines Konzerns bzw. Organkreises .....	240
5.5	Vermeidung der Doppel- oder Mehrfachbesteuerung mit Grunderwerbsteuer bei aufeinander folgenden Umstrukturierungsmaßnahmen .....	243
5.6	Bemessungsgrundlage bei grunderwerbsteuerpflichtigen Anteilsübertragungen .....	244
5.7	Behandlung der Grunderwerbsteuer als (nachträgliche) Anschaffungskosten der Anteile .....	244

## Teil II: Außensteuergesetz

### A Gesetzssystematische Einordnung

1	Hintergrund und Zielsetzung des Gesetzes .....	247
2	Verhältnis zum Nationalen und sonstigem Internationalem Steuerrecht .....	247

### B Berichtigung von Einkünften zwischen international verbundenen Unternehmen gemäß § 1 AStG

1	Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Leistungsverrechnung zwischen verbundenen Unternehmen .....	249
2	Grundsätzliche Anwendungsbereiche des § 1 AStG .....	251
3	Das Verhältnis von § 1 AStG zu konkurrierenden Vorschriften .....	253
3.1	Verhältnis zu den Vorschriften über Gewinnberichtigungen in den Doppelbesteuerungsabkommen .....	255
3.2	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung .....	255
3.3	Verhältnis zur verdeckten Einlage .....	258
3.4	Verhältnis zur Entnahme .....	259
4	Der Begriff der nahe stehenden Person gemäß § 1 Abs. 2 AStG .....	261
5	Gewinnberichtigung durch Schätzung gemäß § 1 Abs. 3 AStG .....	264
6	Beschränkung der Anwendung von Gewinnkorrekturen auf bestimmte Einkunftsarten gemäß § 1 Abs. 4 AStG .....	267

7	Verwaltungsgrundsätze zur Einkunftsabgrenzung.....	268
7.1	Historische Entwicklung .....	268
7.2	Allgemeine Grundsätze zur Einkunftsabgrenzung.....	269
7.3	Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method) .....	273
7.4	Wiederverkaufspreismethode (Resale price method) .....	276
7.5	Kostenaufschlagsmethode (Cost plus method).....	277
7.6	Gewinnorientierte Methode.....	280
7.7	Anwendung der Methoden .....	281
7.8	Vorteilsausgleich .....	284
7.8.1	Grundsätzliche Regelungen.....	284
7.8.2	Voraussetzungen des Vorteilsausgleichs.....	285
7.9	Palettenbetrachtung .....	286
7.10	Ausgesuchte Einzelprobleme der Einkunftsabgrenzung .....	287
7.10.1	Warenlieferungen und Dienstleistungen .....	287
7.10.2	Gewerbliche Dienstleistungen .....	291
7.10.3	Kosten der Markterschließung.....	292
7.10.4	Zinsen und ähnliche Vergütungen .....	294
7.10.5	Nutzungsüberlassung von Patenten, Know-how oder anderen immateriellen Wirtschaftsgütern; Auftragsforschung .....	298
7.10.6	Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern .....	299
7.10.7	Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge.....	300
7.10.7.1	Umlage als Alternative zur Einzelverrechnung .....	300
7.10.7.2	Bedeutung und Inhalt des Umlagevertrages .....	301
7.10.7.3	Dokumentationsanforderungen.....	308
7.10.8	Sonderproblem: Dauerverluste bei inländischen Vertriebsgesellschaften.....	308
7.11	Verrechnung von Entgelten im Fall der Personalentsendung .....	310
7.11.1	Anwendungsbereich .....	310
7.11.2	Grundsätze für die Einkunftsabgrenzung .....	311
7.11.3	Verfahrensrechtliche Regelungen.....	312
7.12	Entschädigungsansprüche in den Fällen der Funktionsverlagerung.....	312
<b>C</b>	<b>Wohnsitzwechsel insbesondere in niedrig besteuerte Gebiete</b>	
1	Überblick zur erweiterten beschränkten Steuerpflicht gemäß den §§ 2–5 AStG .....	314
1.1	Allgemeines.....	314
1.2	Die erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht (§ 2 AStG) .....	316

## Inhaltsübersicht

---

1.3	Die erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht (§ 4 AStG) .....	317
2	Erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht .....	317
2.1	Tatbestand des § 2 AStG .....	317
2.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	318
2.1.2	Niedrigsteuergesetz .....	320
2.1.3	Wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland .....	326
2.2	Rechtsfolgen nach § 2 AStG .....	329
2.2.1	Besteuerung aller nicht ausländischen Einkünfte .....	329
2.2.2	Einkunftsermittlung nach dem Nettoprinzip .....	331
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten .....	332
2.2.4	Freigrenze, besondere Freibeträge, Sonderausgaben .....	333
2.2.5	Tarif, Progression, Mindest- und Höchstbesteuerung .....	333
2.2.6	Veranlagungsform .....	334
2.2.7	Ende der erweiterten beschränkten Steuerpflicht .....	335
2.3	Zurechnung von Einkünften nach § 5 AStG .....	335
3	Erweiterte beschränkte Erbschaftsteuerpflicht .....	337
3.1	Tatbestand des § 4 AStG .....	337
3.1.1	Abgrenzung .....	337
3.1.2	Voraussetzungen .....	338
3.2	Rechtsfolgen nach § 4 AStG .....	338
3.2.1	Steuerpflicht auf nicht ausländische Vermögensbestandteile .....	338
3.2.2	Ermittlung des steuerpflichtigen Nachlasses .....	340
3.2.3	Berechnung der deutschen Erbschaftsteuer .....	340
3.2.4	Besteuerungsverfahren .....	340
3.3	Zurechnung von Vermögen nach § 5 AStG .....	341
4	Besteuerung stiller Reserven bei Wegzug .....	341
4.1	Überblick über § 6 AStG .....	341
4.2	Tatbestand des § 6 Abs. 1 AStG .....	342
4.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	342
4.2.2	Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften .....	344
4.2.3	Wegzug und Ersatztatbestände nach § 6 Abs. 3 AStG .....	345
4.3	Rechtsfolgen nach § 6 AStG .....	346
4.3.1	Besteuerung des Vermögens, Halbeinkünfteverfahren .....	346
4.3.2	Besteuerung des Verkaufs der Beteiligung nach Wegzug .....	347
4.3.3	Vermeidung von Doppelbesteuerung .....	348
4.3.4	Stundung nach § 6 Abs. 5 AStG .....	348
4.3.5	Auswirkungen bei einbringungsgeborenen Anteilen .....	349

**D Steuerliche Behandlung der Beteiligung an ausländischen  
Zwischengesellschaften**

1	Überblick und Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	350
1.1	Grundlegung .....	350
1.2	Verhältnis zu den Missbrauchsvorschriften der Abgabenordnung .....	352
2	Hinzurechnungsbesteuerung gemäß §§ 7–14 AStG .....	353
2.1	Tatbestandsvoraussetzung .....	353
2.1.1	Inländische Steuerpflichtige .....	353
2.1.2	Beherrschungsbeteiligung .....	355
2.1.2.1	Unmittelbare Beteiligung .....	355
2.1.2.2	Mittelbare Beteiligung .....	356
2.1.2.3	Begriff der mehrheitlichen Beteiligung .....	357
2.1.2.4	Reduzierte Mindestbeteiligung für Kapitalanlagegesellschaften .....	358
2.1.2.5	Vorrang des Auslandsinvestmentgesetzes .....	359
2.1.3	Begriff der Zwischengesellschaft .....	359
2.1.3.1	Ausländische Gesellschaft .....	359
2.1.3.2	Einkünfte aus passivem Erwerb .....	360
2.1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft .....	362
2.1.3.2.2	Industrielle Tätigkeit .....	362
2.1.3.2.3	Einkünfte aus dem Betrieb von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen .....	363
2.1.3.2.4	Handel .....	365
2.1.3.2.5	Dienstleistungen .....	368
2.1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung .....	371
2.1.3.2.7	Aufnahme und darlehensweise Vergabe von Kapital .....	372
2.1.3.2.8	Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften .....	374
2.1.3.2.9	Veräußerung von Beteiligungen .....	374
2.1.3.3	Niedrige Besteuerung .....	375
2.1.3.4	Freigrenze bei gemischten Einkünften .....	377
2.2	Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages .....	379
2.2.1	Überblick .....	379
2.2.2	Ermittlung der dem Hinzurechnungsbetrag zugrunde liegenden Einkünfte .....	381
2.2.2.1	Grundsätzliche Regelung .....	381
2.2.2.2	Gewinnermittlung bei reinen Zwischengesellschaften .....	381
2.2.2.3	Gewinnermittlung bei gemischten Einkünften .....	384
2.2.2.4	Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Betriebsausgaben .....	385
2.2.2.5	Berücksichtigung von Verlusten .....	385
2.2.2.6	Steuerliche Behandlung des Hinzurechnungsbetrages .....	386
2.2.2.7	Gewerbsteuer .....	387
2.2.2.8	Berücksichtigung von Doppelbesteuerungsabkommen .....	388
2.3	Sonderregelungen für Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter .....	389

## Inhaltsübersicht

---

2.3.1	Einordnung der Vorschrift in den Regelungsbereich .....	389
2.3.2	Erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung gemäß § 10 Abs. 6 AStG	390
2.3.3	Steuerermäßigung für Zwischeneinkünfte mit Konzernfinanzierungscharakter .....	392
2.4	Veräußerungsgewinne .....	393
2.5	Steueranrechnung .....	393
2.5.1	Überblick .....	393
2.5.2	Anrechenbare Steuern .....	394
2.5.3	Eigenes Anrechnungsverfahren bei nachfolgenden Gewinnausschüttungen .....	395
2.6	Nachgeschaltete Zwischengesellschaften .....	395
2.6.1	Regelungsgehalt .....	395
2.6.2	Tatbestandsvoraussetzung der übertragenden Hinzurechnungsbesteuerung .....	396
2.6.2.1	Beteiligungsvoraussetzungen .....	396
2.6.2.2	Der übertragenden Hinzurechnung zugrunde liegende Zwischeneinkünfte .....	397
2.6.2.3	Niedrige Besteuerung .....	397
2.6.3	Rechtsfolgen der übertragenden Hinzurechnung .....	398
2.6.3.1	Ermittlung der hinzuzurechnenden Einkünfte .....	398
2.6.3.2	Verlustausgleich .....	398
2.6.3.3	Ausgleich von Ausschüttungen der nachgeschalteten Zwischengesellschaft .....	399
2.6.4	Zwischenschaltung von Obergesellschaften in DBA-Ländern .....	399
2.6.4.1	Zweck der Vorschrift .....	399
2.6.4.2	Einschränkung des Schachtelprivilegs durch § 14 Abs. 4 AStG ..	400
2.6.4.3	Sonderregelungen für Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter .....	401

## **E Familienstiftungen § 15 AStG**

1	Überblick über die Regelung .....	402
2	Tatbestand .....	403
2.1	Stiftung nach ausländischer Rechtsordnung .....	403
2.2	Sitz und Geschäftsleitung im Ausland .....	404
2.3	Unbeschränkte Steuerpflicht von Stiftern bzw. Begünstigten .....	404
3	Rechtsfolgen .....	405
3.1	Zurechnung von Einkommen .....	406
3.2	Zurechnung von Vermögen .....	407
3.3	Auswirkung auf die Erbschaftsteuer .....	407
3.4	Anwendung nach § 5 AStG .....	407
3.5	Vermeidung doppelter Besteuerung .....	408

3.6	Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen .....	408
4	Ersatztatbestand § 15 Abs. 3 und 4 AStG.....	409
5	Verhältnis von § 15 AStG zu § 2 EStG.....	409
<b>F Ermittlung der Einkünfte und Besteuerungsverfahren gem. §§ 16–18 AStG</b>		
1.	Erweiterte Mitwirkungspflichten nach § 16 AStG.....	411
1.1	Überblick .....	411
1.2	Verhältnis zu den allgemeinen Mitwirkungspflichten nach der AO.....	412
1.3	Offenlegung von Geschäftsbeziehungen .....	413
1.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung.....	414
2	Die Mitwirkungspflichten nach § 17 AStG.....	414
2.1	Verhältnis zu den allgemeinen Mitwirkungspflichten nach AO .....	414
2.2	Voraussetzung .....	414
2.3	Umfang der Mitwirkungspflichten.....	415
2.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung.....	416
3	Die Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gem. § 18 AStG.....	416
3.1	Überblick .....	417
3.2	Ermittlung der Bemessungsgrundlagen .....	417
3.3	Durchführung der Besteuerung des inländischen Steuerpflichtigen.....	419
<b>G</b>	<b>§ 20 AStG: Konkurrenzverhältnis zwischen AStG und DBA.....</b>	<b>420</b>

### **Teil III: Doppelbesteuerungsabkommen**

<b>A</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>423</b>
<b>B</b>	<b>Einordnung der DBA-Regelungen in das System des Außensteuerrechts.....</b>	<b>425</b>
<b>C</b>	<b>Grundsätzliches zu Doppelbesteuerungen</b>	
1	Begriff und Formen der Doppelbesteuerung .....	426
2	Ursachen für das Vorliegen von Doppelbesteuerungen.....	427
3	Verfahren zur Vermeidung bzw. Milderung der Doppelbesteuerung .....	429
<b>D</b>	<b>Rechtliche Grundlagen der Doppelbesteuerungsabkommen</b>	
1	Definition eines DBA.....	434
2	Zustandekommen eines DBA.....	435
3	Stellung der DBA im deutschen Steuerrecht .....	436

## Inhaltsübersicht

---

3.1	Begriffliche Unterschiede zwischen den Rechtskreisen .....	437
3.2	Treaty Overriding .....	437
3.3	Treaty Shopping .....	438
4	Auslegung eines DBA .....	439

### **E Aufbau, Geltungsbereich und Zuordnungsprinzipien der DBA**

1	Aufbau eines DBA .....	441
2	Geltungsbereich .....	441
2.1	Persönlicher Geltungsbereich.....	441
2.1.1	Prinzip der Ansässigkeit als Grundnorm .....	441
2.1.2	Vorliegen einer Person im Abkommenssinne .....	441
2.1.2.1	Natürliche Personen.....	441
2.1.2.2	Personengesellschaften .....	442
2.1.2.3	Betriebsstätte/ständiger Vertreter .....	443
2.1.2.4	Gesellschaften .....	443
2.1.3	Besonderheiten bei fehlender Ansässigkeit oder bei Doppel- ansässigkeit.....	444
2.1.3.1	Bestimmung der Ansässigkeit bei natürlichen Personen.....	444
2.1.3.2	Bestimmung der Ansässigkeit von Gesellschaften .....	447
2.2	Sachlicher Geltungsbereich gem. Art. 2 OECD-MA .....	452
2.3	Räumlicher Geltungsbereich gem. Art. 28 OECD-MA .....	453
3	Zuordnungsprinzipien hinsichtlich der Besteuerungsrechte.....	454

### **F Besteuerung einzelner Einkunftsarten**

1	Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen gem. Art. 6 OECD-MA .....	459
1.1	Besteuerungsgegenstand .....	459
1.2	Zuteilung des Besteuerungsrechts.....	461
1.3	Besonderheiten und Gestaltungsmöglichkeiten .....	462
2	Unternehmensgewinne (Art. 5, 7–9 OECD-MA).....	463
2.1	Definition der Einkunftsart.....	463
2.2	Zuteilung des Besteuerungsrechts.....	465
2.3	Definition der Betriebsstätte .....	465
2.3.1	Nach nationalem Recht .....	466
2.3.2	Nach Abkommensrecht.....	468



2.3.2.1	Grundlagen .....	468
2.3.2.2	Beispielhafte Aufzählung i. S. d. Art. 5 Abs. 2 OECD-MA .....	471
2.3.2.2.1	Ort der Leitung .....	471
2.3.2.2.2	Zweigniederlassung .....	471
2.3.2.2.3	Geschäftsstellen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Bergwerke und Sonstiges .....	472
2.3.2.2.4	Bauausführungen und Montagetätigkeiten.....	472
2.3.2.3	Negativkatalog des Art. 5 Abs. 4 OECD-MA .....	475
2.3.2.3.1	Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden.....	475
2.3.2.3.2	Einkaufs- und Informationsbeschaffungstätigkeiten .....	476
2.3.2.3.3	Tätigkeiten vorbereitender Art oder Hilfstätigkeiten.....	477
2.3.3	Rechtsfolgenidentität bei ständigem Vertreter .....	478
2.3.4	Anti-Organ-Klausel des Art. 5 Abs. 7 OECD-MA .....	479
2.4	Gewinnabgrenzung bei verbundenen Unternehmen (Art. 9 OECD-MA).....	481
2.4.1	Zweck der Vorschrift .....	481
2.4.2	Verfahren zur Prüfung der Angemessenheit von Verrechnungs- preisen .....	482
2.4.2.1	In Deutschland anwendbare Verfahren.....	482
2.4.2.2	Ergänzende, international gebräuchliche Verfahren.....	483
2.4.2.3	Steuerliche Korrekturmormen.....	486
2.5	Gewinnabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte.....	487
2.5.1	Ermittlung des Betriebsstättengewinns.....	488
2.5.1.1	Anwendung der Gewinnkorrekturvorschriften des Art. 9 OECD-MA .....	488
2.5.1.2	Grundlegende Buchführungsregelungen .....	489
2.5.1.3	Gewinnaufteilungsmethoden .....	491
2.5.1.3.1	Indirekte Methode.....	492
2.5.1.3.2	Direkte Methode.....	493
2.5.1.3.3	Währungsumrechnung.....	500
2.5.1.3.4	Gewinnzurechnung bei Dienstleistungen .....	500
2.5.1.3.5	Dotationskapital und Betriebsausgabenabzug.....	501
2.5.1.3.6	Überführung von Wirtschaftsgütern aus dem Inland in eine aus- ländische Betriebsstätte.....	505
2.5.1.3.7	Keine Attraktivkraft der Betriebsstätte gem. Art. 7 Abs. 1 OECD-MA .....	508
2.5.1.3.8	Betriebsstättenvorbehalt und gestalterische Maßnahmen.....	510
2.6	Personengesellschaften als abkommensrechtliche Sonderform der Betriebs- stätte.....	511
2.6.1	Qualifizierungskriterien .....	516
2.6.2	Besteuerung der Einkünfte eines Mitunternehmers und die Behandlung von „Sondervergütungen“ .....	520
2.6.3	Gewinnermittlung der Personengesellschaft.....	522

## Inhaltsübersicht

---

3	Einkünfte aus Dividenden gem. Art. 10 OECD-MA .....	522
3.1	Definition von Einkünften aus Dividenden .....	523
3.1.1	Stille Beteiligung und partiarische Darlehen .....	524
3.1.2	Genussrechte/-scheine .....	525
3.1.3	Zahlungen/Ausschüttungen von Vereinen, Stiftungen und sonstigen Körperschaften .....	526
3.1.4	Verdeckte Gewinnausschüttungen .....	527
3.1.5	Liquidationsgewinne .....	528
3.2	Ermittlung der Einkünfte .....	528
3.3	Besteuerungsfolgen .....	530
3.3.1	Grundsätzliches .....	530
3.3.2	Schachteldividenden .....	531
3.4	Schuldzinsabzug bei fremdfinanzierter Schachtelbeteiligung .....	533
3.5	Teilwertabschreibung auf Schachtelbeteiligung .....	534
4	Einkünfte aus Zinsen (Art. 11 OECD-MA) .....	534
4.1	Definition von Zinsen und Abgrenzung zu anderen Einkunftsarten .....	535
4.1.1	Abgrenzung zu Einkünften eines stillen Gesellschafters .....	537
4.1.2	Abgrenzung zu Einkünften aus einem partiarischen Darlehen .....	538
4.1.3	Weitere Abgrenzungen .....	540
4.2	Regelungsinhalt .....	541
4.2.1	Quelle der Zinsen .....	542
4.2.2	Besteuerungsverfahren .....	543
4.3	Ausgewählte Einzelprobleme .....	543
5	Einkünfte aus Lizenzen (Art. 12 OECD-MA) .....	545
5.1	Grundsätzliches .....	545
5.2	Definition und Abgrenzung .....	546
5.2.1	Definition .....	546
5.2.2	Besondere Abgrenzungsprobleme .....	548
5.3	Besteuerungsfolgen .....	550
5.3.1	Zuteilung der Besteuerungsrechte .....	550
5.3.2	Attraktivkraft und Umqualifizierung .....	551
5.3.3	Unangemessenheit der Lizenzgebühren .....	552
6	Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen (Art. 13 OECD-MA) .....	553
6.1	Grundsatz und Definition .....	554
6.2	Unbewegliches Vermögen (Art. 13 Abs. 1) .....	556

6.3	Bewegliches Betriebsvermögen (Art. 13 Abs. 2) .....	557
6.4	Vermögen gem. Art. 13 Abs. 3 .....	559
6.5	Sonstiges Vermögen (Art. 13 Abs. 4) .....	559
7	Dienstleistungs- und Arbeitseinkünfte .....	560
7.1	Wohnsitzprinzip als Grundorientierung .....	560
7.2	Selbständige Arbeit (Art. 14 OECD-MA) .....	560
7.2.1	Grundsätzliche Regelung .....	560
7.2.2	Bedeutung einer festen Geschäftseinrichtung .....	561
7.2.3	Abgrenzungen zu anderen Einkunftsarten .....	564
7.3	Unselbständige Arbeit (Art. 15 OECD-MA) .....	564
7.3.1	Grundsätzliche Regelungen .....	564
7.3.2	Definition der Einkünfte gem. Art. 15 OECD-MA .....	565
7.3.3	Abgrenzung zu Art. 7 OECD-MA .....	565
7.3.4	Bestimmung des Tätigkeitsortes .....	566
7.3.5	Wohnsitzbesteuerung als Ausnahme der Tätigkeitsort- besteuerung .....	567
7.4	Einzelregelungen zu bestimmten Tätigkeiten / Einkünften .....	573
7.4.1	Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD-MA) .....	573
7.4.2	Vergütungen für künstlerische oder sportliche Tätigkeiten (Art. 17 OECD-MA) .....	574
7.4.3	Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA) .....	578
7.4.4	Einkünfte aus öffentlichen Kassen (Art. 19 OECD-MA) .....	578
8	Sonstige Einkünfte (Art. 21 OECD-MA) .....	579
9	Vermögensbesteuerung (Art. 22 OECD-MA) .....	581
10	Für alle Einkunftsarten geltende Vorschriften .....	582
10.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung (Art. 23 A/B OECD-MA) .....	582
10.1.1	Grundsätzliches Wahlrecht .....	582
10.1.2	Freistellung .....	582
10.1.3	Steueranrechnung .....	584
10.2	Gleichheitsgrundsatz/Diskriminierungsverbot (Art. 24 OECD-MA) .....	585
10.3	Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA) .....	587
10.4	Informationsaustausch (Art. 26 OECD-MA) .....	589
10.4.1	Grundsätzliches .....	589
10.4.2	Besonderheiten hinsichtlich der Rechts- und Amtshilfe .....	593
10.4.3	Simultane Betriebsprüfungen .....	595

## **Teil IV: Einfluss des Europarechts auf das internationale Steuerrecht**

### **A Vorbemerkung**

### **B Einfluss des Europarechts auf die Umsatzbesteuerung in Deutschland**

1	Richtlinienkonforme Auslegung am Beispiel des Begriffs der Betriebsstätte nach § 12 AO .....	598
2	Weitere Auswirkungen des EU-Rechts auf die Umsatzbesteuerung im Inland .....	606

### **C Einfluss des Europarechts auf die Ertragsbesteuerung in Deutschland**

1	Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft und ihre Umsetzung in nationales deutsches Steuerrecht .....	607
1.1	Mutter-Tochter-Richtlinie zur Vermeidung der Kapitalertragsteuer .....	607
1.2	Fusions-Richtlinie .....	607
1.3	Weitere Richtlinienvorschläge .....	609
2	Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf die Rechtsänderungen in Deutschland .....	609
2.1	Umfang der Steuerpflicht bei natürlichen Personen .....	610
2.2	Einfluss auf die Gewinnermittlung .....	610
2.3	Einfluss auf die Verlustberücksichtigung .....	611

### **D Einfluss des Europarechts auf das Verfahrensrecht in Deutschland .....**

Anhang 1 .....	613
Anhang 2 .....	627
Anhang 3 .....	632
Abkürzungsverzeichnis .....	639
Paraphenschlüssel .....	643
Stichwortverzeichnis .....	649